Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,25 R.-M. Postbezug für Monat Juni 2,25 R.-M., für die Tschecho-Slowakei monatlich 8 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: Inland wöchentlich 1,10 R.-M., Ausland 1,25 R.-M. Einzelnummer 15 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 20 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: 14194, 20024, 27981, 27982, 27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 140 — Sonntag, 17. Juni 1928 — XXXVI. Jahrg.

Regierungsbildung auf nächste Woche vertagt

Die Volkspartei hält an ihrer Garantieforderung fest — Die diplomatischen Vertretungen Chinas der Nankingregierung unterstellt

Zaleski läßt seine Ostlocarno-Wünsche bestätigen

Es wird weiter verhandelt

Von unserm B.-Mitarbeiter

Berlin, 16. Juni

Es wird weiter verhandelt. Schon diese Tatsache allein zeigt, trotz allen pessimistischen Nachrichten über die Stockung in den Verhandlungen, dafür, daß die Parteien, die an der Großen Koalition interessiert sind, den Wunsch und den Willen haben, sie trotz der schweren Belastung in der preußischen Frage zustande zu bringen. Daran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, daß mittlerweile das Zentrum sich offiziell dem Standpunkt der Sozialdemokraten angeschlossen hat, die Regierungsbildung im Reich dürfe nicht von einer Erweiterung der Koalitionsbasis in Preußen abhängig gemacht werden. Ein Versuch Müller-Frankens, den Ministerpräsidenten Braun zu einer Milderung seiner Haltung zu veranlassen, ist ergebnislos verlaufen. Wenn die kritische Zuspitzung, die die Dinge am Donnerstag erfahren hatten, am Freitag dennoch einer gewissen Entspannung gewichen ist, so wird man diese Wendung zum Bessern wohl in erster Linie auf das persönliche Eingreifen Dr. Stresemanns zurückführen können. Sachlich stimmt, wie uns erneut versichert wird, Dr. Stresemann mit seiner Fraktion darin überein, daß die Große Koalition im Reich nur dann die erforderliche Stabilität gewährleistet, wenn sie gleichzeitig auch in Preußen gebildet wird. Indes man will, um eine Vertiefung der Gegensätze zu vermeiden, diese Frage vorerst nicht forcieren und die Verhandlungen um die Bildung der Reichsregierung fortsetzen mit dem Ziel, zunächst einmal für alle sonstigen sachlichen Punkte eine gemeinsame Grundlage zu gewinnen. Man hofft, daß mit der fortschreitenden Klärung der Dinge sich auch in der Preußenfrage eine Annäherung vollziehen wird, die somit, statt an den Anfang, an das Ende des Verhandlungsprogramms gesetzt wird.

Es ist anzunehmen, daß, zumal wenn die preußischen Unterhändler der Weimarer Koalition auf der einen Seite und die Vertreter der volksparteilichen Preußenfraktion auf der andern den Weg ebnen helfen, doch noch eine Form gefunden wird, der Volkspartei genügende Sicherungen für ihre Einbeziehung in die preußische Koalition zu gewähren. Schließlich würde ja auch Ministerpräsident Braun sich nichts vergehen, wenn er sich zu einer entgegenkommenden Geste bereitfände, die nicht unbedingt in einer hochoffiziellen Erklärung zu bestehen brauchte. Die Verhandlungen sollen nominell heute weitergeführt werden. Etwas Wesentliches wird das Wochenende zur Lösung der Krise aber kaum beitragen. Die Volksparteiler haben ihre nächste Fraktionssitzung auf Montag um fünf Uhr, die Sozialdemokraten auf Dienstag anberaumt.

Die Berliner Blätter, die gestern zum Teil noch in ihrer für die Provinz und für den nächtlichen Straßenverkauf bestimmten Morgenausgabe den Reichsminister des Aeußern an der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei teilnehmen ließen, korrigieren sich jetzt dahin, daß Dr. Stresemann dem Reichstag am Nachmittag lediglich einen kurzen Besuch abgestattet und einer Vorbesprechung des Fraktionsvorstandes beigewohnt hätte. Nach der Darstellung der „Täglichen Rundschau" hat es sich aber nur um eine Unterhaltung Dr. Stresemanns mit Dr. Scholz und einigen Mitgliedern des Fraktionsvorstandes gehandelt. Bei der Gelegenheit hat der Minister die Hoffnung ausgesprochen, am kommenden Montag, an dem bekanntlich die Volkspartei um fünf Uhr eine Sitzung anberaumt hat, sich noch persönlich von der Fraktion verabschieden zu können. Mitte der nächsten Woche soll der Außenminister seine Badereise antreten.

*

Die liberalen Parteien

Weitgehende Einigung zwischen Koch und Scholz

B. Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Die „Tägliche Rundschau" berichtet — und das ist immerhin gerade aus diesem Munde sehr erfreulich zu hören —, daß in einer Besprechung die beiderseitigen Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei und der Demokraten sich über die Stellung der beiden liberalen Parteien zu dem Problem der Regierungsbildung geeinigt hätten. In einer Reihe von wichtigen Fragen, die wirtschaftlicher und finanzieller Natur waren, sei eine weitgehende Uebereinstimmung zutage getreten. In einzelnen Fragen bestünden zwar noch Differenzen — wo bestünden die nicht! —, doch hat die Unterredung im allgemeinen einen günstigen Eindruck hinterlassen. Die Verhandlungen, die heute unter der Regide des Abgeordneten Hermann Müller-Franken fortgesetzt werden sollen, werden sich auf allgemeine politische Probleme beziehen: soziale, wirtschaftliche und finanzielle.

*

Die Flagge des neuen China

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 16. Juni

Die Nationale Regierung in Nanking hat alle diplomatischen Vertreter Chinas im Ausland beauftragt, die Flagge der Kuomintang zu hissen und sich fortan als Gesandte des Nationalen China zu betrachten. Bisher haben, soweit hier bekannt ist, nur die Gesandten in Tokio, Washington und Berlin den Uebertritt vollzogen. Die neue Flagge Chinas ist rot mit blauer Gösch und einer weißen von Sternen umgebenen Kugel in der Mitte. Interessant sind dabei namentlich die Kommentare, die heute von seiten der japanischen und amerikanischen Regierung veröffentlicht werden. Die Regierung in Washington stellt sich auf den Standpunkt, daß der chinesische Gesandte, Dr. Alfred Sze, mit der Annahme des Nankingauftrages seinen diplomatischen Status mit allen dazugehörenden Vorrechten aufgegeben habe. Sze könne nicht als beglaubigter Vertreter Chinas anerkannt werden, bevor nicht offizielle Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Nankingregierung hergestellt seien. In Tokio wurde der Flaggenwechsel in der chinesischen Gesandtschaft von dem dortigen Außenminister stillschweigend hingenommen. Man ließ dann aber gleichzeitig verlauten, daß damit nicht die Anerkennung der Nationalen Regierung durch Japan ausgesprochen sei.

Offenbar wollen sich die Mächte nicht an eine solche Anerkennung wagen, bevor die Herrschaft der Nationalregierung über ganz China nicht wirklich gefestigt ist. Man glaubt aber wohl nirgends, daß der militärische Sieg schon die dauerhafte politische Herrschaft besiegelt habe. „Die Einigkeit der Nationalisten ist ein Märchen", kabelt heute der Pekinger Korrespondent des „Daily Telegraph" und fügt hinzu, daß die Wirkung der Nanking-Proklamation auf die tatsächliche Situation in Nordchina zunächst gering sein werde.

Allerdings beginnen sich die Machtverhältnisse unter den Marschällen langsam klarer abzuheben. Der Gouverneur von Schansi, Yen, den die Nankingregierung als Statthalter über Peking und Tientsin eingesetzt hat (weil seine Truppen Peking zuerst erreichten), scheint seine Stellung in beiden Städten sehr befestigt zu haben. Die Gefahr eines neuen Handstreiches von seiten seines Rivalen Feng scheint jetzt bedeutend geringer als noch vor wenigen Tagen. Der Korrespondent der „Morning Post" in Peking, der in der Umgebung der Stadt eine Inspektionsreise unternommen hat, meldet, daß die meisten Truppen Fengs, die noch vor einigen Tagen die Hauptstadt beinahe eingeschlossen hatten, ihre Stellungen nunmehr geräumt haben. Man trifft überall Truppen des Schansi-Gouverneurs an Stelle der früheren Besatzungen an.

In Tientsin ist, nach den heute vorliegenden Berichten, die Ruhe und Ordnung noch immer nicht hergestellt. In einigen Vorstädten von Tientsin finden dauernd blutige Zusammenstöße mit Abteilungen der Schansitruppen statt. Nunmehr sind jedoch die ersten größeren Formationen der Schansiarmee, die für die dauernde Besetzung Tientsins bestimmt sind, aus Peking eingetroffen. Man hofft, daß in wenigen Tagen die Ruhe im ganzen Bezirk von Tientsin und Peking hergestellt sein wird.

*

Nanking die neue Hauptstadt Chinas

× Peking, 15. Juni (Reuter)

Der Verkehrsminister der Nankinger Regierung hat der Generaldirektion der chinesischen Post in Peking Weisung erteilt, nach Nanking überzusiedeln. Wie verlautet, ist auch das hiesige Ministerium des Auswärtigen im Begriff, seine Pforten zu schließen. Auch die Verwaltung der Salzsteuer dürfte, wie es heißt, nach Nanking übersiedeln.

Der Standpunkt Preußens

Große Koalition im Frühherbst?

VDZ. Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht)

In maßgebenden Kreisen der preußischen Regierungsparteien wird versichert, daß für die Weimarer Koalition im Augenblick keine Veranlassung bestehe, irgendwelche Verhandlungen mit der Volkspartei über die Erweiterung der Staatsregierung zur Großen Koalitionsregierung zu führen. Man weist aber darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei keinen Grund zu Zweifeln an der Erklärung des Ministerpräsidenten Braun habe, daß auch für Preußen die Große Koalition als die jetzt gegebene Regierungsform zu betrachten sei, zumal diese Erklärung noch durch die Regierungsparteien in ihrer Stellungnahme zur Rede Brauns ausdrücklich unterstrichen worden sei. Die Haltung der Deutschen Volkspartei, so argumentiert man weiter, sei nur geeignet, Schwierigkeiten zu konstruieren, wo an sich keine bestehen, zumal auch über das sachliche Programm der Zusammenarbeit in Preußen eine Einigung herbeizuführen sein wird, da die Volkspartei ja schon einmal das Regierungsprogramm Brauns mitgemacht habe, und da sich an diesem Regierungsprogramm nichts ändern würde. Zunächst müsse abgewartet werden, welche Vorsitzenden sich die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei wählen werde. Es wird erwartet, daß dann zunächst Besprechungen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei über kulturelle Fragen stattfinden werden und daß im übrigen die interfraktionellen Besprechungen in Preußen in der ersten Dekade des Juli beginnen, wobei man sich dahin einigen wird, daß der von Braun gebrauchte Ausdruck „zu gegebener Zeit" für die Erweiterung der preußischen Regierungsbasis den Frühherbst bedeuten solle. Vor allem aber sind die preußischen Regierungsparteien, wie dem Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger noch versichert wird, entschlossen, dem Ministerpräsidenten auch in der Auffassung zu folgen, daß die preußische Regierungsumbildung sich völlig unabhängig von der Gestaltung der kommenden Reichsregierung zu vollziehen habe.

*

Die Haltung der Wirtschaftspartei

× Berlin, 16. Juni

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei beschäftigte sich gestern abend in einer Sitzung mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung. Die Fraktion betonte, wie das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, in ihrem Beschluß nochmals ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Regierungsbeteiligung. Sie sprach den Wunsch aus, daß auch in Preußen eine entsprechende Erweiterung der Regierung erfolge, verlangte aber nicht die Festlegung eines Termins dafür.

Immer wieder: Ostlocarno

× Essen, 16. Juni. (Durch Funkspruch)

Der polnische Außenminister Zaleski passierte auf der Reise von Paris nach Warschau in Begleitung seines Kabinettschefs Szumlakowski das Ruhrgebiet. Ein Mitarbeiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" nahm diese Gelegenheit wahr, um sich unter Hinweis auf die Pariser Bankettrede Zaleskis (vgl. Nr. 137 der „D. N. N." vom 14. Juni — d. Red.) an autoritativer polnischer Quelle über die Stellung des Ministers zur Räumungsfrage zu informieren. Dabei wurde dem Mitarbeiter folgende Darstellung gegeben:

„Die Ausführungen des polnischen Außenministers sind in der französischen und in der deutschen Presse entstellt wiedergegeben worden. Es ist mit Nachdruck festzustellen, daß Zaleski überhaupt nichts über die Rheinlandräumung gesprochen hat. Zaleski betonte, daß die Außenpolitik der polnischen Regierung durch die Wahrung der Garantien der Friedensverträge, die Polens territoriale Unversehrtheit und Sicherheit verbürgen, bestimmt ist. Ein Verzicht auf diese kostbaren Pfänder ohne entsprechende vollwertige Gegenleistungen könne Polen nicht gleichgültig sein. Wenn man mit den allgemeinen Ausführungen Zaleskis das Problem der Rheinlandräumung in Zusammenhang bringt, so ist der polnische Standpunkt der, daß an der Frage der Räumung des besetzten Gebiets Polen als Kontrahent des Versailler Vertrags in sehr erheblichem Maße beteiligt ist. Keinesfalls ist aber die polnische Regierung grundsätzlich gegen eine frühere Rheinlandräumung bei entsprechend vollwertigen Gegenleistungen. Die polnische Regierung hat nach wie vor den aufrichtigen Willen, sich mit seinem Nachbarstaat zu verständigen. Wie ernst es der polnischen Regierung mit dieser Verständigung ist, kennzeichnet die Ernennung Knolls, der im kaiserlichen Deutschland einen hohen Verwaltungsposten in Polen bekleidete, zum künftigen Gesandten der Republik in Berlin."

*

Diese Aeußerungen geben sich zwar als Dementi aus, sind aber im wesentlichen eine Bestätigung der Ausführungen Zaleskis in Paris. Jeder, der den diplomatischen Sprachgebrauch einigermaßen kennt, wird aus den Ausführungen des Kabinettschefs des polnischen Außenministeriums unschwer herauslesen können, daß der Preis für eine deutsch-polnische Verständigung ein Ostlocarno ist, durch das Deutschland seine jetzigen Ostgrenzen freiwillig anerkennen und garantieren würde.

Interfraktionelle Aussprache

B. Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Soweit sich übersehen läßt, nahmen die heutigen Verhandlungen im Interfraktionellen Ausschuß, die in der kommenden Woche fortgesetzt werden, einen durchaus befriedigenden Verlauf. Es ist auch nicht anzunehmen, daß es beispielsweise in der Frage des Panzerkreuzers noch zu nennenswerten Konflikten kommt. Man wird hier, wie in andern ähnlichen Streitfällen, sich auf einer mittleren Linie zu einigen versuchen. So dürfte der Bau des Panzerkreuzers wahrscheinlich zunächst noch hinausgeschoben werden, ohne daß das Bauprogramm als solches nun ein für allemal abgetan zu sein braucht. Inzwischen ist man in den Kreisen des preußischen Parlaments nicht untätig. Die von den Weimarer Parteien wie von der Volkspartei designierten Unterhändler bemühen sich zur Zeit, eine Basis für den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu schaffen. Es heißt, daß unter der Hand der Volkspartei schon Zusicherungen gegeben worden sind für die Bereitwilligkeit der preußischen Regierungsparteien, nochmals ausdrücklich zu bekunden, daß sie die Große Koalition in Preußen wünschen. Diese Erklärungen würden in der am 10. Juli beginnenden kurzen Zwischentagung erfolgen können. Damit wäre dann das alte Hindernis für die Bildung der Koalitionsregierung im Reiche beseitigt. Jedenfalls herrscht im Hause die Ansicht, daß die Verhandlungen in nicht allzu ferner Zeit zu einem positiven Ergebnis führen werden.

SLUB
Wir führen Wissen.